»STERN«

Keine Hilfsindustrie

VON ANDREAS STRUNK
Prof. Dr. phil. Andreas Strunk, Dipl. Ing., gehört zu den Mitbegründern dieser Publikation zu Beginn der 1990er Jahre. Noch heute ist er Mitglied im Beirat der Zeitschrift SOZIALwirtschaft und des Informationsdienstes SOZIALwirtschaft aktuell. Er war bis zu seiner Pensionierung Hochschullehrer an der Fachhochschule Esslingen und vertrat dort die Fächer Sozialpädagogik und Organisationswissen für die Soziale Arbeit. Zurzeit ist er als Berater für die Gesellschaft für Innovation, Systementwicklung und Soziale Arbeit (GISAmbH) tätig.
E-Mail prof.strunk@t-online.de

Helfen sei ein Geschäft wie jedes andere auch, klärt der »Stern« in einem langen Artikel seine Leserschaft auf. Die »Hilfsindustrie« sei inzwischen die größte Branche Deutschlands mit zwei Millionen Beschäftigten und sie wachse siebenmal so schnell wie der Rest der Volkswirtschaft. Mit sieben Argumenten lassen sich die Behauptungen zurechtrücken.

Unter dem Titel »Die Hilfsindustrie« erschien in der Zeitschrift »Stern« ein Artikel über die Sozialwirtschaft (Nr. 8/2011). Der Autor Walther Wüllenweber schreibt, die Sozialbranche wachse siebenmal schneller als der Rest der Volkswirtschaft und sie verbrauche jeden sechsten Steuer-Euro. Im Prinzip, so der Autor, gehe es um Rechtsverwirklichung und Professionalisierung und nicht um ehrenamtlich zu erbringende Leistungen. Diese beiden Treiber hätten zu dem Tatbestand geführt, der in einem Papier der Deutschen Bank mit dem Titel »Wirtschaftsfaktor Wohlfahrtsverbände« wie folgt kommentiert wird: »Die Wohlfahrtspflege ist eine enorm wichtige, erstaunlich schnell wachsende und stark unterschätzte Branche.«

Es geht offensichtlich um einen expandierenden Teilmarkt, in dem Unternehmen geführt werden müssen wie im Gesamtmarkt. So wird denn auch ein Geschäftsführer aus der Behindertenhilfe zitiert: »Ein Unternehmen der Sozialbranche muss ähnlich professionell gemanagt werden wie alle anderen Unternehmen auch.«

Wüllenweber fragt, ob die Bedarfe auf der Seite der Nachfrage nach sozialwirtschaftlichen Leistungen wirklich alle notwendig sind und befriedigt werden müssten oder ob es dort nicht wie im Gesamtmarkt zu einem »angebotsinduzierten Wachstum« gekommen sei. In diesem Zusammenhang zitiert er einen Wissenschaftler, der von sich behauptet, dass er die Prozesse in der Sozialwirtschaft besonders gut kennt. Dieser redet von einem »Kobra-Effekt«, den er mit einer Geschichte illustriert: Einst litten die Menschen in Indien unter einer furchtbaren Plage: Kobras. Da hatte der britische Gouverneur eine clevere Idee: Wer den Behörden eine getötete Kobra brachte, bekam eine Rupie. Was machten die Inder? Sie züchteten Kobras, massenweise. Das Resultat war mehr statt weniger Schlangen.

Zunächst ist diese Geschichte eine solche über die Naivität staatlicher Intervention. Das passt gut zur Klage Wüllenwebers, dass der Staat keine wirksamen Mechanismen habe, mit denen er die Ausgaben in den Hilfesystemen steuern könne. Außerdem habe der Staat den Überblick über die Landschaft der Sozialwirtschaft verloren. Zitiert wird der Bürgermeister aus Berlin-Neukölln Heinz Buschkowsky: »Ich habe den Überblick verloren, wie viele soziale Träger wir hier haben. Ich weiß nur, es sind Hunderte. Und viele haben Unter-Träger. Wir sind denen wehrlos ausgeliefert.«

Schließlich beklagt Wüllenweber die breit angelegte Lobbyarbeit im Dienste der Sozialwirtschaft. Viele ehemalige

https://doi.org/10.5771/1613-0707-2011-4-26
Generiert durch IP '18.226.248.14', am 25.09.2024, 11:17:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Spitzenpolitiker seien nun auf der Seite der Sozialwirtschaft tätig und nutzen ihre soliden Kenntnisse aus der ehemaligen Praxis in der Politik und mit Verwaltung.

Dies der Versuch einer kurzen Zusammenfassung des »Stern«-Artikels, dessen Argumentation immerhin über zehn Seiten ausgebreitet wird. Sieben Anmerkungen bieten sich dazu an:

(1) Die Sozialwirtschaft ist kein einheitliches System. Wir können mindestens drei Sektoren unterscheiden: Es gibt Anbieter, die eine Kundschaft mit guter Kaufkraft haben; in diesem Sektor können Überschüsse generiert werden. Es gibt einen gemischten Sektor, in dem Überschüsse benutzt werden können, um andere Angebote im Unternehmen überhaupt anbieten zu können (»Querfinanzierung«). Und es gibt einen sehr schwierigen Sektor, der prekär finanziert ist und der versucht, vor allem arme Menschen zu unterstützen. Der Vorwurf des angebotsinduzierten Wachstums betrifft vor allem den ersten Sektor.

(2) Seit Jahren folgt Politik dem Prinzip: »Was der Markt richten kann, soll er richten!« Diesem neoliberalen Konzept folgt u. a. die Deregulierung öffentlicher Aufgaben. Dieser Dynamik unterliegt auch die Sozialwirtschaft. Das hat allerdings zu einer selbstverschuldeten Unmündigkeit von Politik und öffentlicher Verwaltung geführt. Sie haben sich selbst geschwächt und vermeiden zunehmend Kontrolle des Marktgeschehens und setzen nicht in ausreichendem Maße Regeln. Der Einfluss von Experten des Marktgeschehens auf Politik und öffentliche Verwaltung hat erheblich zugenommen. Politik wird zunehmend als Marketingveranstaltung definiert. In der Politikwissenschaft werden diese Zustände als »postdemokratisch« bezeichnet. Selbstverständlich hätten Politik und öffentliche Verwaltung die Möglichkeit, den Sozialmarkt besser zu steuern, beispielsweise über gesetzlich normierte strategische Sozialplanung. Schon jetzt gibt es in allen relevanten Sozialgesetzbüchern entsprechende Instrumente. Davon wird aber offensichtlich aus ideologischen Gründen zu wenig Gebrauch gemacht.

(3) Man darf die Ausweitung sozialer Leistungen, wie dies im »Stern«-Artikel geschehen ist, nicht nur in der betriebswirtschaftlichen Logik interpretieren. Unter einer volkswirtschaftlichen Perspektive handelt es sich um eine Wohlstandsvermehrung und um eine neue Definition von Wachstum. Eine solche Diskussion ist quer zu den Parteien zu beobachten. Es geht offensichtlich um die Verbesserung der allgemeinen Chancen der Verwirklichung eines »guten Lebens«. Insofern können wir stolz sein auf die Arbeit der Sozialwirtschaft.

(4) Die Klage über die wachsenden Finanzierungsprobleme in den Bereichen Soziales und Gesundheit würde anders laufen, wenn es uns gelänge, eine andere Steuerpolitik zu verwirklichen. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum der Käufer eines Brotes Mehrwertsteuer entrichten muss und der Käufer einer Aktie unversteuert davonkommt.

(5) In der Kritik an der Ausweitung der Angebote der Sozialwirtschaft verbindet sich bei den Kritikern oft ein problematisches Bild von den Menschen, die diese Leistungen erhalten. Dahinter steckt eine Strategie, die dazu führt, die Menschen in zwei Kategorien aufzuteilen: die Leistungsfähigen und die Leistungsschwachen, die Wertvollen und die Nicht-so-Wertvollen, die im Leistungskontext Würdigen und Unwürdigen, die Geachteten und die Ungeachteten. Über Abgrenzung wird Ausgrenzung organisiert. Dies wird an Autoren wie Sarrazin und Sloterdijk deutlich. In einer Landzeitstudie über »Deutsche Zustände« wurde in diesem Zusammenhang von einem »eisigen Jargon der Verachtung durch die Eliten« gesprochen und einem Anwachsen des Rechtspopulismus unter Besserverdienenden. Das kann dazu führen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber den Angeboten der Sozialwirtschaft für arme Menschen wegführt, hin zu den »lohnenswerten« Angeboten. Es entsteht dann so etwas wie ein »Matthäus-Effekt«: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Oder anders ausgedrückt: Der aktuell beobachtbare Effekt in den Hilfesystemen gegenüber den Klienten ereignet sich auch im Hilfesystem selbst im Sinne eines »creaming the poor«: prekär finanzierte Angebote für die, die im Prekariat leben und überschussträchtige Angebote für die, denen es ohnehin gutgeht. Der Artikel im »Stern« stärkt dieses Spaltungsgeschehen.

(6) Lobbyismus in der Sozialwirtschaft ist offensichtlich unvermeidbar wie auch im Gesamtsystem des Wirtschaftens. Früher wurde über »erfolgreich scheiternde Unternehmen« der Freien Wohlfahrtspflege geklagt. Gemeint war: Dort herrsche eine schlechte Managementpraxis, deren Versagen ausgeglichen wurde durch die Beziehungspflege für die Unternehmen durch Politikerinnen und Politiker, die sowohl Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den jeweiligen Parlamenten als auch in Kontrollgremien der Freien Wohlfahrtspflege waren (»Filz«). Heute hat sich die Managementqualität in der Sozialwirtschaft verbessert und nun gibt es Klagen über neue Formen des Lobbyismus in der Freien Wohlfahrtspflege. Notwendig sind öffentliche Kontrollen (z .B. durch die Rechnungshöfe) und Formen der Selbstverpflichtung (z. B. durch spezifische Formen eines Corporate Governance Kodex).

(7) Eine abschließende Bemerkung: Wir sollten in einer lebenspraktischen Weise über Systemrelevanz nachdenken. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verfassung gehören Krisen zur Normalität. Dazu könnte gehören, dass wir unser »Panik-Niveau« reduzieren und – beispielsweise – Banken eben auch in die Insolvenz gehenlassen. Das könnte dazu führen, dass wir uns mehr mit der Realwirtschaft befassen und wir könnten, anstatt Irrsinnsbeträge in ein System zu investieren, das sich den Teufel um den Lebensalltag der kleinen Leute kümmert, uns dann um eine andere, viel wichtigere Frage der Systemrelevanz bemühen: Wie wollen wir eine erfolgreiche Sozialwirtschaft weiter entwickeln, damit möglichst jene Menschen ein gelingendes Leben erreichen, die in vielen Bereichen ihrer Haushaltung bisher zu kurz gekommen sind? ■

https://doi.org/10.5771/1613-0707-2011-4-26
Generiert durch IP '18.226.248.14', am 25.09.2024, 11:17:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.